



ANALYSE

# **Die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen bei österreichischen Unternehmen**

Kooperation zwischen KMU Forschung Austria und  
KONTEXT - Institut für Klimafragen<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Daten zu dieser Studie wurden von der KMU Forschung Austria im Rahmen des Forschungsprojekts „TranS4MEr“ mit finanzieller Unterstützung des Klima- und Energiefonds erhoben. Die Mitwirkung von KONTEXT – Institut für Klimafragen an der Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse erfolgte aus eigenen Mitteln

## **Inhalte**

- Mit dieser Analyse wird erstmals systematisch erfasst, wie österreichische Unternehmen die Klimapolitik wahrnehmen und welche Bedeutung der Schutz von Klima und Umwelt für sie hat. Der Analyse ging eine Befragung im Zeitraum Mai-Juni 2024 voraus, an der 2.263 Unternehmen teilnahmen. Diese Erhebung stellt die bislang umfassendste Befragung österreichischer Unternehmen zu Klimaschutz und Klimapolitik dar.
- Untersucht wurden 1) die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz für Unternehmen, 2) die Legitimität staatlicher Eingriffe, 3) der Bedarf an finanzieller Unterstützung, 4) die Glaubwürdigkeit der Klimapolitik sowie 5) das Vertrauen in Politik und Verwaltung in Klimaschutzbelangen.

## **Zentrale Ergebnisse**

- Die Auswertungen zeigen, dass die große Mehrheit der befragten Unternehmen selbst Verantwortung für Klimaschutz übernehmen will und dem Klimaschutz auch auf strategischer Ebene große Priorität einräumt.
- Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zugunsten des Klimaschutzes werden mehrheitlich befürwortet und die meisten Unternehmen geben an, dass finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand für sie unerlässlich ist, um ambitionierten Klimaschutz zu betreiben.
- Die Politik wird in Klimaschutzbelangen von den meisten befragten Unternehmen nicht als glaubwürdig wahrgenommen. Partei- und interessenpolitische Einflüsse, die notwendige Maßnahmen verhindern, sowie eine unzureichende Umsetzung von Maßnahmen in Bereichen, die als besonders wichtig empfunden werden, werden als Hauptgründe für die geringe Glaubwürdigkeit genannt.
- Auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung ist in Klimaschutzbelangen beeinträchtigt. Viele Unternehmen sind überzeugt, dass klimapolitische Maßnahmen unbürokratischer, fairer und wirtschaftsfreundlicher gestaltet werden sollten. Besonders kleinere Unternehmen fühlen sich teils benachteiligt.

## **Implikationen für die Klimapolitik**

- Die Ergebnisse sprechen für eine hohe Akzeptanz der Unternehmen für ordnungsrechtliche Maßnahmen und einen Bedarf an öffentlichen Förderungen für die Transformation. Verbesserungen in der konkreten Ausgestaltung dieser Instrumente sind entscheidend dafür, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und auszubauen.
- Die Politik muss hierfür stabile und verbindliche Rahmenbedingungen, nachvollziehbare Maßnahmen für große Hebel umsetzen sowie Transparenz und genügend Informationen für die betroffenen Unternehmen sicherstellen.
- Ein überparteilicher Konsens sowie eine eindeutige Positionierung der Interessensvertretungen würden die Glaubwürdigkeit zusätzlich stärken.
- Bei Förderungen sollte sichergestellt werden, dass insbesondere kleine Betriebe einen niederschweligen Zugang zu diesen bekommen und ein höheres Maß an Kontinuität gewährleistet wird.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung: Unternehmen im Kontext der Transformation zur Klimaneutralität</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Verhaltenswissenschaftliche Grundlagen: Die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>7</b>
<b>3.1</b>	<b>Die Bedeutung von Klimaschutz in Unternehmen</b>	<b>7</b>
<b>3.2</b>	<b>Die Wahrnehmung klimapolitischer Maßnahmen durch Unternehmen</b>	<b>7</b>
	a. Die Legitimität staatlicher Eingriffe	8
	b. Bedarf an finanzieller Unterstützung	9
	c. Glaubwürdigkeit österreichischer Politik in Klimaschutzbelangen	10
	d. Vertrauen österreichischer Politik und Verwaltung in Klimaschutzbelangen	12
<b>4.</b>	<b>Fazit</b>	<b>15</b>
<b>5.</b>	<b>Methodik und Anhang</b>	<b>17</b>
	<b>Literatur</b>	<b>19</b>

## **Ansprechpersonen:**

KMU Forschung Austria: Harald Wieser, [h.wieser@kmuforschung.ac.at](mailto:h.wieser@kmuforschung.ac.at)

KONTEXT Institut für Klimafragen: Anna Pixier, [anna.pixier@kontext-institut.at](mailto:anna.pixier@kontext-institut.at)

## 1. Einleitung: Unternehmen im Kontext der Transformation zur Klimaneutralität

Die Ökologisierung der Wirtschaft und Gesellschaft nimmt global und europaweit in vielen Bereichen immer mehr an Fahrt auf: Der Ausbau erneuerbarer Energieträger schreitet voran, Investitionen in Zukunftstechnologien steigen, die Elektrifizierung verschiedener Bereiche entwickelt sich weiter (BloombergNEF, 2025; IEA, 2024a, 2024b). Gleichzeitig wurden verbindliche Klimaziele definiert und Maßnahmen gesetzt, um Treibhausgasemissionen und den Gebrauch fossiler Rohstoffe stetig zu reduzieren und somit die verheerenden Folgen der Klimakrise zu minimieren. Österreich hat sich im Rahmen der EU-Klimaziele zu einer Emissionsreduktion von 48 Prozent bis zum Jahr 2030 und der Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet (BMK, 2024).

Eine effiziente und zukunftsorientierte Transformation ist im Interesse der Gesamtgesellschaft, und so auch für die österreichische Unternehmenslandschaft. Damit die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft gelingen kann, ist es notwendig, dass Politik und Unternehmen gemeinsam handeln. Unternehmen sind von wesentlicher Bedeutung für den Klimaschutz: als Verbraucher:innen haben sie Einfluss auf die Nutzung von Ressourcen und Energie, als *Anbieter:innen* entwickeln sie klimafreundliche Infrastrukturen, Produkte und Dienstleistungen und als *zivilgesellschaftliche und politische Akteur:innen* können sie sich an der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für ein klimafreundliches Wirtschaften und Leben beteiligen (siehe Exkurs). Aus verhaltenswissenschaftlicher Sicht ist ein wirksames Zusammenspiel von Unternehmen und Politik jedoch mit vielen wesentlichen Voraussetzungen verbunden: Sehen sich Unternehmen verantwortlich für den Klimaschutz und nehmen sie diese Verantwortung wahr? Vertrauen Unternehmen der Politik und Verwaltung bei klimapolitischen Maßnahmen? Werden die von der Politik formulierten Ziele und Maßnahmen als glaubwürdig wahrgenommen? Und halten Unternehmen klimapolitische Eingriffe in die Wirtschaft für legitim?

Die vorliegende Analyse beschäftigt sich damit, wie Unternehmensvertreter:innen auf klimapolitische Maßnahmen und die Rolle ihrer Unternehmen im Klimaschutz blicken. Die empirische Grundlage hierfür bilden Daten aus einer Befragung der KMU Forschung Austria, die im Zeitraum Mai-Juni 2024 durchgeführt wurde und an der 2.263 österreichische Unternehmensvertreter:innen – überwiegend Geschäftsführer:innen und Personen in Leitungsfunktionen – teilgenommen haben. 97 Prozent der beantworteten Fragebögen stammen von Vertreter:innen aus Klein- und Mittelunternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Besonders im Fokus standen dabei ihre Einstellung zu ambitionierter Klimapolitik und dem Bedarf an staatlichen Hilfsmitteln, sowie die Legitimität, die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in Bezug auf klimapolitische Vorgehensweisen in Österreich.

Neben der quantitativen Befragung haben 400 Teilnehmer:innen darüber hinaus offenes Feedback zur österreichischen Klimapolitik formuliert. Eine vergleichbare Umfrage gibt es bis dato in Österreich nicht. Die Befragung bietet somit einen einzigartigen Blick auf die Wahrnehmung österreichischer Unternehmen in Bezug auf klimapolitische Maßnahmen und ihre eigene Rolle im Klimaschutz. Die Befragungsdaten können nach Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit aufgeschlüsselt werden. In Summe konnten aber nur geringfügige Unterschiede festgestellt werden – die dokumentierten Ergebnisse sind somit weitgehend branchenübergreifend und für Unternehmen unterschiedlicher Größe gültig. Die Ergebnisse nach Branche und eine detaillierte Beschreibung von Methodik und Stichprobe können dem Anhang entnommen werden.

Der Ausgestaltung der Befragung der Unternehmen liegen verhaltenswissenschaftliche Konzepte zugrunde, die Aufschlüsse über die Akzeptanz unterschiedlicher klimapolitischer

Instrumente bei Unternehmen zulassen. Die Politik ist auf ein breites Portfolio planerischer, ordnungs- und steuerrechtlicher, finanzieller und informationsbasierter Instrumente angewiesen, um die Transformation zur Klimaneutralität voranbringen zu können. Ob die verschiedenen Instrumente auch wirksam sind, hängt jedoch unter anderem von der Akzeptanz bei den Unternehmen ab. Die vorliegende Analyse zeigt, dass sowohl staatliche Eingriffe als auch Förderungen auf hohe Akzeptanz bei den befragten Unternehmen stoßen. Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Klimapolitik sind hingegen gering. Dies kann sich insbesondere auf die Wirksamkeit von Planungsinstrumenten wie Zielen und Strategien sowie von informationsbasierten Instrumenten wie Beratungen und Partnerprogrammen negativ auswirken. Im abschließenden Abschnitt (Fazit) arbeiten wir die Implikationen dieser Befunde für die Gestaltung der Klimapolitik aus.

## **Exkurs: Die Bedeutung von Unternehmen in der Transformation zur Klimaneutralität**

Wie Klimapolitik auf österreichische Unternehmen wirkt, wird stark von Vertrauen in die und Glaubwürdigkeit der Politik, sowie der empfundenen Legitimität der gesetzten Maßnahmen beeinflusst. Gleichzeitig haben Unternehmen nicht nur eine passive Rolle was klimapolitische Maßnahmen betrifft, sondern auch eine aktive Funktion in der Gestaltung und Umsetzung der Transformation. In vielen Fällen sind Unternehmen direkte Verursacher von Treibhausgasemissionen – beispielsweise in der Industrie, die rund ein Drittel der österreichischen Gesamtemissionen ausmacht. Neben den verursachten Emissionen haben Unternehmen auch Einfluss auf den Ressourcenverbrauch und globale Lieferketten, sowie auf Konsument:innen und Lieferant:innen. Sie können ein wichtiger Treiber für den Ausbau von zukunftsfähigen Technologien und erneuerbare Energien sein, Energieeffizienz voranbringen und die Potenziale der Ökologisierung auch für Österreichs Wirtschaft und Arbeitsmarkt ausschöpfen.

Darüber hinaus haben sie auch eine starke politische Bedeutung. Österreichische Unternehmen konnten im Jahr 2022 rund 286 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung erwirtschaften. Diese bedeutende Rolle für die österreichische Gesamtwirtschaft verleiht Unternehmen eine einflussreiche, aktive Position und ein Gehör in politischen Entscheidungen. Vor allem große, umsatzstarke Unternehmen haben oft eine Machtposition mit direktem Einfluss auf die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen (vgl. dazu Cowgill et al. (2021)). Sie sind stark in Beiräten und Interessensvertretungen vertreten, ihre Interessen und Wünsche haben direkten (Klima-) politischen Einfluss. Aber auch kleinere Unternehmen sind durchaus relevante wirtschaftliche und politische Akteure. Mehr als die Hälfte (57%) der Bruttowertschöpfung 2022 brachten die heimischen Klein- und Mittelunternehmen ein (Statistik Austria, 2024). Ihre Interessen bekommen häufig weniger Gewicht in Vertretungen, Institutionen und Netzwerken. Gerade flächendeckenden Interessensvertretungen wird deshalb ein wichtiges politisches Mandat mit Verhandlungsmacht zugesprochen (Felbermayr et al., 2025). Für Unternehmen ergibt sich somit nicht nur eine passive, sondern eine starke aktive Rolle in der Mitgestaltung der notwendigen klimapolitischen Rahmenbedingungen gegenüber ihren Vertretungen und auch der Politik selbst.



## 2. Verhaltenswissenschaftliche Grundlagen: Die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen

Untersuchungen aus den Verhaltenswissenschaften zeigen, dass die Reaktionen von Unternehmen auf klimapolitische Maßnahmen nicht rein auf ein rationales und nutzenmaximierendes Kalkül reduziert werden können. Ob politische Maßnahmen akzeptiert und von Unternehmen umgesetzt werden (können), hängt auch von deren Wahrnehmung durch die Unternehmen ab (Capano & Howlett, 2022). Beispielsweise tragen planerische Instrumente wie das Setzen von Klimazielen aus Unternehmensperspektive nur dann zu einer besseren Planungssicherheit bei, wenn sie als glaubwürdig empfunden werden – es also beispielsweise Selbstverpflichtungen oder konkrete Begleitmaßnahmen gibt, die eine Umsetzung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen absichern.

Die verhaltenswissenschaftliche Perspektive auf Klimapolitik zeigt, dass die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen ein vielschichtiges Phänomen ist. Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick der zentralen politischen Instrumente und der vier Faktoren, die nach Howlett (2019) für ihre jeweilige Akzeptanz entscheidend sind: Glaubwürdigkeit, Bedarf, Legitimität und Vertrauen. Ein Mangel an einem dieser Faktoren kann die Wirksamkeit politischer Maßnahmen und damit auch die Bandbreite zur Verfügung stehender Instrumente einschränken. In der Unternehmensbefragung wurden daher neben der allgemeinen Bedeutung des Klimaschutzes für Unternehmen auch die Perspektiven hinsichtlich der vier Faktoren ermittelt.

**Tabelle 1: Umweltpolitische Instrumente und Faktoren, die ihre Akzeptanz beeinflussen (Basis für das Umfragedesign)**

Politische Instrumente	Beispiele	Relevante Dimensionen von Akzeptanz
Ordnungsrechtliche Instrumente	Auflagen, Grenzwerte, Normen	<i>Legitimität:</i> Ordnungsrechtliche Eingriffe werden von Unternehmen nur dann akzeptiert, wenn sie als rechtmäßig und richtig wahrgenommen werden.
Finanzielle Instrumente	Förderungen, Steuererleichterungen, öffentliche Beschaffung	<i>Bedarf:</i> Finanzielle Unterstützung wird nur dann genutzt, wenn ausreichend Bedarf bei den Unternehmen besteht und diese bereit sind, Geld von der öffentlichen Hand anzunehmen.
Planerische Instrumente	Strategien, Ziele, Umsetzungspläne, Masterpläne	<i>Glaubwürdigkeit:</i> Die definierten Ziele und Maßnahmen werden von den Unternehmen nur dann berücksichtigt, wenn sie davon überzeugt sind, dass Politik und Verwaltung diese umsetzen.
Informationsbasierte Instrumente	Beratungen, Bewusstseinsbildung, freiwillige Partnerschaften, Veranstaltungen, Broschüren, Kampagnen	<i>Vertrauen:</i> Unternehmen nutzen die Informationsangebote und gehen Partnerschaften nur dann ein, wenn die Verwaltung als kompetent und fair wahrgenommen wird.

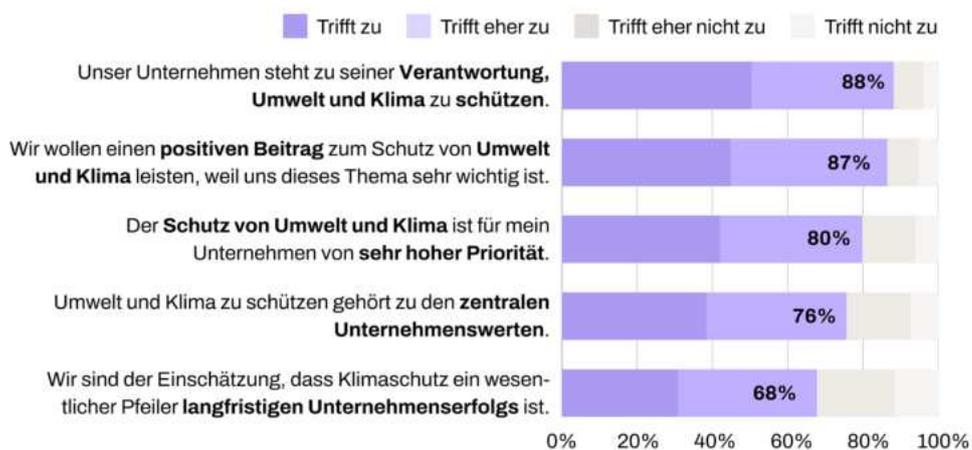
### 3. Ergebnisse

#### 3.1 Die Bedeutung von Klimaschutz in Unternehmen

Für die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen ist es zunächst entscheidend, dass Unternehmen selbst zum Klimaschutz beitragen und die Transformation zur Klimaneutralität aktiv mitgestalten wollen. Deshalb wurden die Unternehmensvertreter:innen in einem ersten Schritt nach der Bedeutung des Klimaschutzes für ihre Unternehmen befragt.

**Die überwiegende Mehrheit der Unternehmensvertreter:innen misst dem Schutz von Umwelt und Klima eine hohe Bedeutung für ihr Unternehmen bei.** Rund 9 von 10 Unternehmen wollen einen positiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten, für drei Viertel gehört er laut eigenen Angaben zu den zentralen Unternehmenswerten. Vier von fünf sehen ihn für das eigene Unternehmen als sehr hohe Priorität (siehe Grafik 1). Zusätzlich sehen mehr als zwei Drittel aller Befragten Klimaschutz nicht nur als Selbstzweck, sondern als wesentlich für den langfristigen Erfolg ihres Unternehmens.

#### Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz für österreichische Unternehmen



**Anmerkung:** Die Prozentzahl zeigt die Zustimmungsrates (Summe der Antworten Trifft zu/Trifft eher zu)

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 1

Die Notwendigkeit von Klimaschutz und die Bereitschaft, daran mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, scheint innerhalb der österreichischen Unternehmen somit überwiegend akzeptiert und gegeben.

#### 3.2 Die Wahrnehmung klimapolitischer Maßnahmen durch Unternehmen

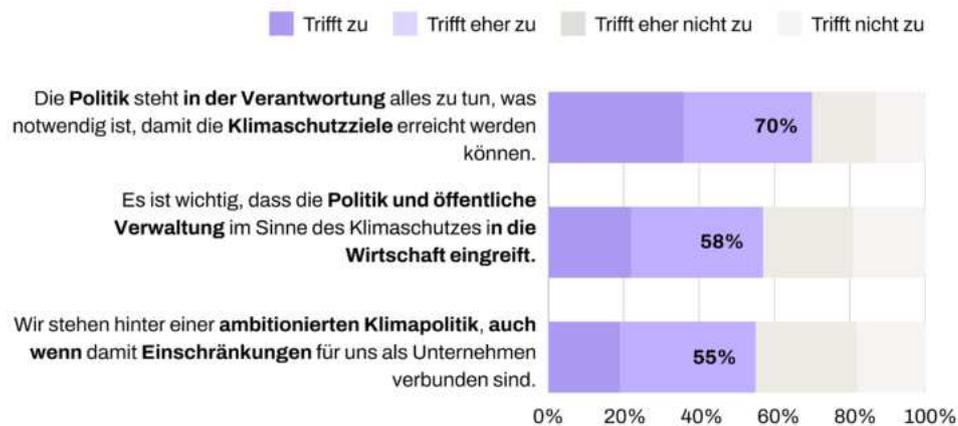
Neben der Perspektive auf die eigene Unternehmensverantwortung wurden die Unternehmen auch nach ihrer Wahrnehmung der Klimapolitik gefragt, um mehr über die Akzeptanz hinsichtlich verschiedener klimapolitischer Maßnahmen (siehe Tabelle 1) zu erfahren. Der Grad der Zustimmung bzw. der Ablehnung wurde entlang von drei Aussagen pro Akzeptanzkategorie ermittelt, um zuverlässige Einschätzungen zu der Perspektive der Unternehmen zu erlangen.

## a. Die Legitimität staatlicher Eingriffe

Ordnungspolitische Eingriffe in die Wirtschaft – wie Normen, Auflagen oder Grenzwerte – können ein Rahmenwerk schaffen, in dem Unternehmen (und Zivilgesellschaft) klimafreundlich handeln und wirtschaften können. Die Akzeptanz dieser ordnungsrechtlichen Maßnahmen ist dabei eine wichtige Voraussetzung, damit diese von der Politik wirksam umgesetzt und von den Unternehmen befolgt werden. Nach Howlett (2019) werden regulatorische Maßnahmen von Unternehmen vor allem dann akzeptiert und unterstützt, wenn sie als rechtmäßig, angemessen und richtig wahrgenommen werden.

**Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmensvertreter:innen stehen hinter einer ambitionierten Klimapolitik.** In Bezug auf klimapolitische Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zeigt die Befragung, dass klare Rahmenbedingungen und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft für legitim gehalten werden. 70 Prozent der Befragten sehen die Politik in der Verantwortung, alles Notwendige zu tun, um die Klimaziele zu erreichen. 58 Prozent befinden es für wichtig, dass Politik und öffentliche Verwaltung in die Wirtschaft eingreifen, um den Klimaschutz voranzutreiben. 55 Prozent der Unternehmer:innen stehen hinter einer ambitionierten Klimapolitik, selbst wenn damit potenzielle Einschränkungen für sie einhergehen (siehe Grafik 2).

### Zustimmung von Unternehmen zu klimapolitischen Eingriffen



**Anmerkung:** Die Prozentzahl zeigt die Zustimmungsrate (Summe der Antworten Trifft zu/Trifft eher zu)

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 2

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Mehrheit österreichischer Unternehmen sich der Notwendigkeit der Erreichung der Klimaziele bewusst ist und entsprechende klimapolitische Maßnahmen befürwortet. Zum Zweck des Klimaschutzes werden somit auch staatliche Eingriffe in Form von ordnungsrechtlichen Maßnahmen akzeptiert und als legitim gesehen.

## b. Bedarf an finanzieller Unterstützung

Die Transformation der Wirtschaft verspricht langfristige Preisstabilität, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. dazu Koland & Steininger, 2024). Kurzfristig bedeutet ein Umbau in vielen Fällen aber auch neue Investitionen in klimafreundliche Technologien oder andere zusätzliche Kosten für Unternehmen. Staatliche Unterstützung in Form von Förderungen, Steuererleichterungen oder gezielte öffentliche Beschaffung können dabei helfen, diesen Übergang zu unterstützen. Ob diese angenommen werden, hängt davon ab, ob Unternehmen den Bedarf hierfür sehen bzw. ein solcher tatsächlich vorhanden ist.

**Der Großteil der befragten Unternehmensvertreter:innen sieht finanzielle Unterstützungsmaßnahmen als notwendig, um ihr Unternehmen klimafreundlich gestalten zu können.** Etwa drei Viertel geben an, sich die erforderlichen Investitionen nur dann leisten zu können, wenn die öffentliche Hand Förderungen zur Verfügung stellt. 70 Prozent geben an, dass finanzielle Unterstützung für die Umsetzung ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen unerlässlich ist (siehe Grafik 3). Förderungen und andere finanzielle Unterstützungsleistungen stoßen somit erwartungsgemäß auf hohe Akzeptanz. Die Zustimmungsraten lassen vermuten, dass sich viele Unternehmen Klimaschutzmaßnahmen ohne finanzielle Unterstützung nicht leisten können. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass Förderungen in den offenen Rückmeldungen der Unternehmensvertreter:innen auch kritisch kommentiert wurden. Auch wenn der Bedarf bei vielen Unternehmen da ist, sehen manche in Förderungen eine ungerechte Umverteilung von öffentlichen Mitteln zu Lasten der Unternehmen, die bereits viele Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt haben.

### Relevanz finanzieller Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen



**Anmerkung:** Die Prozentzahl zeigt die Zustimmungsrate (Summe der Antworten Trifft zu/Trifft eher zu)

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 3

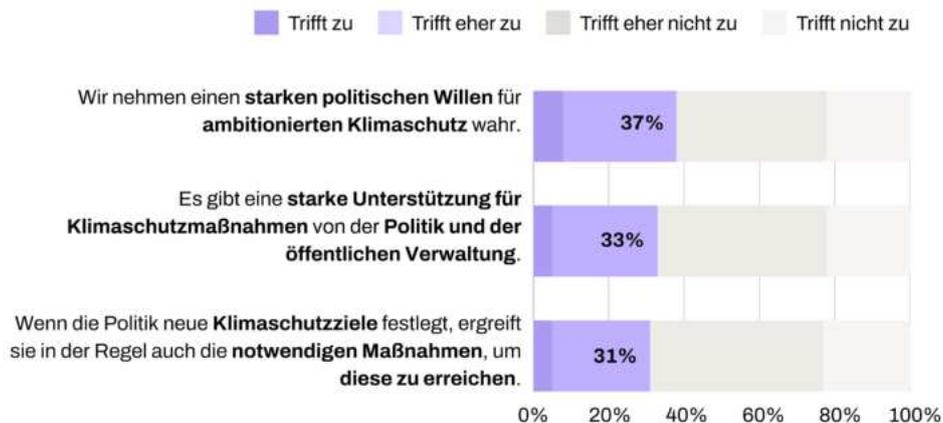
Bei der Befragung wurde der Fokus auf finanzielle Unterstützungsmaßnahmen und direkte Förderungen gesetzt. Zusätzlich hat der Staat die Möglichkeit, durch öffentliche Beschaffung, oder steuerrechtliche Maßnahmen finanzielle Anreize zu setzen, nachhaltig zu wirtschaften oder auch jene finanziellen Anreize zu streichen, die klimaschädliches Verhalten begünstigen. In jedem Fall zeigen die Ergebnisse, dass Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung für eine Transformation mehrheitlich angenommen werden.

### c. **Glaubwürdigkeit österreichischer Politik in Klimaschutzbelangen**

Um klimapolitisch voranzukommen, braucht es nicht nur die Akzeptanz staatlicher Eingriffe oder die Bereitschaft, Förderungen der öffentlichen Hand für eine Transformation einzusetzen. Es ist auch der politische Wille und klare Leitlinien für die Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen notwendig. Planerische Instrumente – wie verbindliche Ziele, Strategien oder Umsetzungspfade – spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Sie geben Politik, Gesellschaft und Unternehmen die erforderliche Orientierung und Planungssicherheit für Investitionen und ein gemeinsames Vorgehen im Klimaschutz. Planerische Instrumente können aber nur dann effektiv zu einer verbesserten Orientierung und Planungssicherheit beitragen, wenn die Ziele und Umsetzung von den involvierten und betroffenen Akteur:innen als glaubwürdig wahrgenommen werden.

**Die Mehrheit der befragten Unternehmensvertreter:innen sehen die Politik in Klimaschutzbelangen nicht als ausreichend glaubwürdig an.** 63 Prozent sind der Ansicht, dass es keinen ausreichend starken politischen Willen für ambitionierten Klimaschutz gibt. Zwei Drittel bemängeln die Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen von Politik und Verwaltung, sowie die tatsächliche Umsetzung notwendiger Maßnahmen (siehe Grafik 4). In anderen Worten: Die befragten Unternehmensvertreter:innen zweifeln am klimapolitischen Willen und daran, dass notwendige Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Aufgrund der geringen Glaubwürdigkeit ist davon auszugehen, dass die Wirksamkeit planerischer Instrumente stark beeinträchtigt ist.

### **Glaubwürdigkeit österreichischer Klimapolitik aus Unternehmensperspektive**



**Anmerkung:** Die Prozentzahl zeigt die Zustimmungsrate (Summe der Antworten Trifft zu/Trifft eher zu)

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 4

Aufgrund der negativen Bewertung haben wir jene qualitativen Rückmeldungen der Befragungsteilnehmer:innen zur Klimapolitik näher ausgewertet, die sich direkt auf die Glaubwürdigkeit beziehen (67 von 400 qualitativen Rückmeldungen). Sie lassen sich in sechs Themenbereiche clustern. Die Aussagen geben Aufschluss darüber, wo die Unternehmen die größten Hürden für die *glaubwürdige* Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen, Ziele und Pläne sehen. Am häufigsten (N=22) nehmen die Unternehmensvertreter:innen eine starke partei- und interessenspolitische Opposition wahr, die der Umsetzung einer vorgesehenen

Maßnahme entgegensteht und damit die Zielerreichung verhindert. Die Glaubwürdigkeit von Zielen und Plänen ist somit stark damit verbunden, inwieweit sie parteiübergreifend und von den einflussreichsten Interessensvertreter:innen unterstützt werden.

*„Die Politik“ ist nicht gleich „die Politik“. Es gibt erste Bemühungen, ja. Aber nicht - wie es essentiell wäre - über alle Parteien hinweg. Und nicht im erforderlichen Maße. Daher hier mein sehr harsches Feedback. Es braucht einen Paradigmenwechsel - und der kann nur durch einen Schulterchluss und mit (unpopulären) Vorgaben erreicht werden: nur Politik, Wirtschaft, Forschung & Bildung, NGOs und Gesellschaft gemeinsam können das stemmen!“* (Nachhaltigkeitsmanagerin eines mittelgroßen Unternehmens)

Zusätzlich schadet es der Glaubwürdigkeit der Politik, wenn der Umsetzungsfortschritt als gering wahrgenommen wird. Werden nicht genügend relevante Maßnahmen gesetzt, wird das als Hinweis für mangelnden politischen Willen und unzureichende Umsetzungskraft interpretiert (N=15):

*„Die Regierung macht zu viele Ankündigungen und zu wenig tatsächliche Umsetzungen. Damit kann jeder Österreicher und auch Unternehmer darauf vertrauen, dass wenn er lange genug wartet, die Ankündigungen anders umgesetzt, ausgebremst, zurückgenommen werden als angekündigt. Da der Lerneffekt bereits mehrere Jahre andauert, nimmt kaum ein Unternehmer diese Ankündigungen für voll. Die meisten Dinge passieren auf Eigeninitiative der Unternehmer...“* (Geschäftsführer eines Kleinunternehmens)

Ähnlich werden Maßnahmen wahrgenommen, denen wenig Wirkung zugesprochen wird. So wird von einigen Befragten (N=11) bemängelt, dass die Politik teilweise unbedeutende Maßnahmen umsetze, anstatt an den zentralen Hebelpunkten für die Transformation anzusetzen. Einige Unternehmen (N=6) sehen in der gleichzeitigen Existenz und Umsetzung klimaschädlicher Maßnahmen einen Beweis dafür, dass es die Politik beim Klimaschutz nicht ernst meine. Gleich viele kritisieren das kurzfristige Denken der Politik und die starke Orientierung an Wahlzyklen anstatt der hier notwendigen Langfristigkeit. Einige Teilnehmer:innen (N=7) gaben außerdem an, dass die Politik sich regelmäßig selbst überschätze und damit auch die Beharrungskräfte und Geschwindigkeit der Behörden.

## Gründe für die geringe Glaubwürdigkeit in Politik beim Klimaschutz



**Anmerkung:** Zahl in Klammer zeigt die Zahl der Rückmeldungen mit Bezug zur Aussage. Rückmeldungen zu geringer Glaubwürdigkeit gesamt: 67 von insgesamt 400.

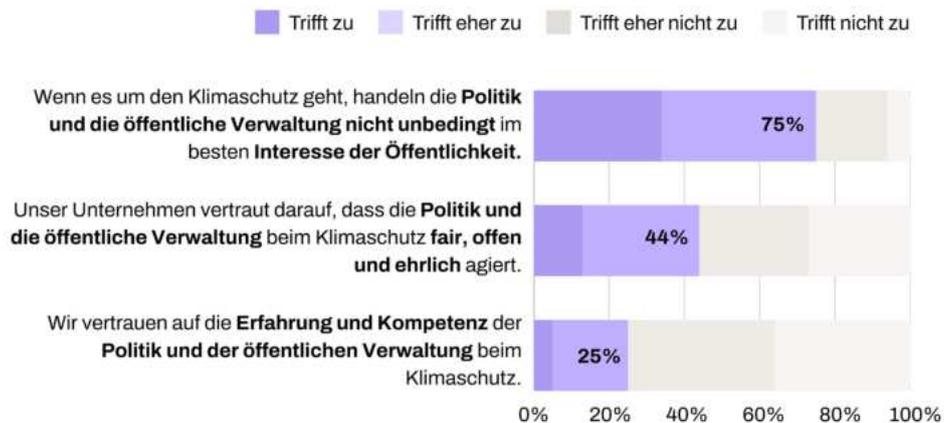
Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

#### d. Vertrauen österreichischer Politik und Verwaltung in Klimaschutzbelangen

Gegenseitiges Vertrauen bildet eine wichtige Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Politik im Klimaschutz. Vertrauen beruht auf dem Verständnis, dass die beteiligten Akteur:innen im gemeinsamen bzw. kollektiven Interesse handeln, fair und transparent agieren, sowie die erforderlichen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen. Die Bereitschaft der Unternehmen zur Kooperation sowie die Nutzung der von der Politik bereitgestellten Informationen und Services hängen somit auch davon ab, inwieweit sie Politik und Verwaltung vertrauen. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass das Vertrauen seitens der Unternehmen in die Politik derzeit beeinträchtigt ist.

**Nur eine Minderheit der Unternehmensvertreter:innen bringt der Politik und Verwaltung in Klimaschutzbelangen ausreichend Vertrauen entgegen.** Die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen (75 %) stuft die Kompetenz der Politik und öffentlichen Verwaltung im Klimaschutz als unzureichend ein. Etwa gleich viele befinden, dass nicht im besten Interesse der Öffentlichkeit agiert wird. Weniger als die Hälfte (44%) vertraut darauf, dass im Klimaschutz generell fair, offen und ehrlich agiert wird (siehe Grafik 6).

### Vertrauen in österreichische Klimapolitik aus Unternehmensperspektive



**Anmerkung:** Die Prozentzahl zeigt die Zustimmungsrate (Summe der Antworten Trifft zu/Trifft eher zu)

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 6

Um dieses Spannungsfeld aufzuklären und mögliche Gründe für das geringe Vertrauen in die Politik und Verwaltung zu identifizieren, wurden auch für diesen Bereich die qualitativen Antworten der Befragungsteilnehmer:innen ausgewertet. 192 der 400 Rückmeldungen auf die offene Frage zum Thema Klimapolitik bezogen sich auf (fehlendes) Vertrauen. Sie lassen sich in acht Themenbereiche clustern (siehe Grafik 7). Viele davon unterstreichen, dass klimapolitische Maßnahmen prinzipiell unterstützt werden. Kritisch beurteilt wird jedoch insbesondere die Art und Weise, wie klimapolitische Maßnahmen in Bezug auf Unternehmen bislang umgesetzt wurden. Die zwei am häufigsten genannten Themen in diesem Kontext beziehen sich auf **1)** die Qualität der umgesetzten Maßnahmen und **2)** die Balance aus Klimaschutz und der Schaffung eines attraktiven Wirtschaftsstandorts.

In Bezug auf **1)** wurde in vielen Fällen Kritik an der bisherigen Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen für Unternehmen geübt (N=55). Als besonders negativ werden der bürokratische Aufwand einiger Maßnahmen und der ungleiche Zugang zu Förderungen gesehen. Diese werden als sehr kompliziert wahrgenommen, wodurch es vor allem für kleinere Betriebe schwer sei, von der öffentlichen Unterstützung zu profitieren. Einige sahen darin eine unfaire Bevorteilung der Großunternehmen auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe, da insbesondere jene Großbetriebe profitieren würden. Negativ beurteilt wurden auch kurzfristige Förderaktionen bzw. abwechselnde Perioden der Über- und Unterförderung, wodurch erhebliche Unsicherheit in Märkten erzeugt würde.

*„Wir haben das Gefühl, dass die Unternehmen mit Bürokratie überschüttet werden, ohne dass dadurch dem Klimaschutz geholfen wird. Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettenberichtswesen sind nur mit sehr hohem Aufwand machbar. Besser wäre es, wenn man das über den Preis regeln würde. Man hat ja gesehen, dass hohe Energie- und Gaskosten zu erheblichen Einsparungen geführt haben. Also runter mit den Lohnkosten und hinauf mit Energie- und Materialkosten.“*

(Geschäftsführer eines mittelgroßen Unternehmens)

*„Ein kleines Unternehmen wird komplett im Stich gelassen. Der Aufwand eine Förderung zu bekommen, steht in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Förderquote und es ist günstiger, 100% selbst zu finanzieren. Das heißt, dass alle klimabezogenen Abgaben eine Umverteilung von klein nach groß bedeuten. Wäre nett, wenn man uns dann das Geld lassen würde und die Abgaben senkt, damit wir kleinen uns selbst organisieren können.“*

(Geschäftsführer eines Kleinunternehmens)

In Bezug auf **2)** wird von den befragten Personen die unzureichende nationale Abstimmung mit internationalen Entwicklungen bemängelt. Die Sorge ist, dass durch ungleiche Vorgaben zum Teil Wettbewerbsnachteile für österreichische Unternehmen resultieren. So fürchten manche Unternehmen Zielkonflikte zwischen nationalen Klimaschutzvorgaben und der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Dementsprechend wird in den Rückmeldungen angemahnt, dass die Politik auf vorhandene klimapolitische Rahmenbedingungen in anderen Ländern achten sollte und sich stärker für koordinierten Klimaschutz auf globaler Ebene einsetzt. Auch jenseits der Anliegen in Verbindung mit der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich aus vielen Aussagen der Wunsch nach einer besseren Vereinbarung von Klimaschutz und nachhaltigem Wirtschaften ablesen (N=54).

*„Regularien sind gut und wichtig - man darf dabei aber die globale Exposition der europäischen Industriebetriebe nicht vergessen. Um trotz Einhaltung aller Vorgaben wettbewerbsfähig bleiben zu können, müssen auch nach Europa importierende Unternehmen dieselben Regularien erfüllen. Es muss eine Carbon Border geben. Es muss eine Normierung für Carbon Footprints geben, um vergleichbare Zahlen im internationalen Wettbewerb sicherstellen zu können.“* (Geschäftsführer eines Kleinunternehmens)

Beide genannten Themen stehen in Verbindung mit der Wahrnehmung der Kompetenz von Politik und Verwaltung. Manche Befragungsteilnehmer:innen (N=15) sprachen diese auch direkt an und bemängelten relevante Fachkompetenzen in Wirtschaftsfragen und Technik. Zum Teil wird das auf die Einflussnahme von Lobbying-Verbänden zurückgeführt. Umgekehrt fänden Expert:innen sowie Personen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu wenig Gehör. Dies unterminiere das Vertrauen in die politischen Prozesse.

Neben den bereits zusammengefassten Kritikpunkten an der bisherigen Ausgestaltung der Klimapolitik lassen sich aus den Rückmeldungen weitere Hinweise für das geringe Vertrauen in Politik und Verwaltung ablesen. Problematisiert (N=17) wurde etwa der Fokus der Politik auf

Technologien und Lösungen, die von den Befragungsteilnehmer:innen als wenig sinnvoll oder sogar kontraproduktiv erachtet werden. Auch, dass die Klimapolitik zum Teil nicht transparent und ehrlich kommunizieren würde (N=10) und nicht im Widerspruch zum Umweltschutz stehen dürfe (N=13), kam in einigen Antworten auf. Auf einer noch grundsätzlicheren Ebene lehnen einige Befragungsteilnehmer:innen (N=18) die Klimapolitik ab, weil sie den menschengemachten Klimawandel leugnen und für nicht beeinflussbar erachten.

## Gründe für das geringe Vertrauen in Politik und Verwaltung beim Klimaschutz



**Anmerkung:** Zahl in Klammer zeigt die Zahl der Rückmeldungen mit Bezug zur Aussage. Rückmeldungen zu geringem Vertrauen gesamt: 192 von insgesamt 400.

Quelle: KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025), eigene Darstellung

Grafik 7

## 4. Fazit

Die Ökologisierung der Wirtschaft ist eine der größten Notwendigkeiten und Herausforderungen unserer Zeit. Unternehmen spielen dabei in mehrfacher Hinsicht eine tragende Rolle: als Verbraucher:innen, Produzent:innen und politische Akteur:innen. Damit ambitionierter Klimaschutz zur Umsetzung kommt, braucht es nicht nur klimapolitische Rahmenbedingungen, sondern ein Zusammenwirken von Politik und Unternehmen. Die vorliegende Analyse zeichnet deshalb erstmals ein Stimmungsbild hinsichtlich der Perspektiven von Vertreter:innen aus österreichischen Unternehmen zu den Themen Klimaschutz und Klimapolitik. Die Ergebnisse zeigen die Sichtweise von 2.263 befragten Unternehmensvertreter:innen auf die Legitimität staatlicher Eingriffe, den Bedarf an finanzieller Unterstützung, sowie die Glaub- und Vertrauenswürdigkeit Politik in Klimaschutzbelangen. Und, welchen Stellenwert Klimaschutz für ihre Unternehmen einnimmt:

- Unternehmen sehen sich selbst in der Verantwortung, Maßnahmen zu setzen, um Umwelt und Klima zu schützen. Umwelt- und Klimaschutz wird nicht nur als strategische Priorität gesehen, sondern als Pfeiler für langfristigen Unternehmenserfolg.
- Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sieht die Politik in der Verantwortung, alles zu tun, um Klimaschutzziele zu erreichen. Auch staatliche Eingriffe werden mehrheitlich befürwortet, selbst wenn damit potenzielle Einschränkungen verbunden sind.
- Die meisten befragten Unternehmen sind, laut eigenen Einschätzungen, zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen.
- Die Politik wird von den meisten befragten Unternehmen als unglaubwürdig wahrgenommen. Partei- und interessenspolitische Einflüsse, die notwendige Maßnahmen verhindern, sowie eine unzureichende Umsetzung von Maßnahmen in Bereichen, die als besonders wichtig empfunden werden, werden als Hauptgründe für die geringe Glaubwürdigkeit genannt.
- Auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung ist in Bezug auf Klimaschutz geschädigt. Dem liegt in vielen Fällen die Überzeugung zugrunde, dass die klimapolitischen Maßnahmen unbürokratischer, fairer und unternehmensfreundlicher umgesetzt werden könnten. Insbesondere in Bezug auf Förderungen fühlen sich kleinere und mittlere Unternehmen zum Teil benachteiligt und konfrontiert mit unklaren und unverständlichen Prozessen und Auflagen.

Die vorliegende Analyse zeigt, dass insbesondere finanzielle Unterstützungsmaßnahmen, aber auch staatliche Eingriffe bei der Mehrheit der befragten Unternehmen auf hohe Akzeptanz stoßen. Die geringe Glaubwürdigkeit und das geringe Vertrauen in die Politik in Klimaschutzbelangen können sich aber negativ auf die Wirksamkeit von planerischen (z.B. Strategien, Ziele) und informationsbasierten (z.B. Kampagnen, Partnerschaften) Instrumenten auswirken.

Eine breite politische Unterstützung des Klimaschutzes und Verbesserungen in der konkreten Ausgestaltung der politischen Instrumente sind entscheidend dafür, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und zu stärken:

- Die Glaubwürdigkeit von politischen Zielen ist eng mit der Balance aus Ambition und Verbindlichkeit verknüpft. Je ambitionierter und zeitgebundener die Ziele, desto wichtiger ist eine starke rechtliche Verankerung, um von Unternehmen ausreichend ernst genommen zu werden.
- Neben klaren Rahmenbedingungen ist auch eine transparente Kommunikation der Maßnahmen notwendig. Dazu gehören die erwartete Wirkung, die damit verbundenen Vorteile sowie mögliche Zielkonflikte. Zudem sollten gezielt Maßnahmen mit hoher Wirksamkeit umgesetzt werden, da wenig effektive Maßnahmen als Scheinlösungen wahrgenommen werden und der Glaubwürdigkeit schaden.
- Für die Planungs- und Investitionssicherheit ist eine politische Konsistenz unerlässlich. Deshalb sollten sowohl Förderprogramme als auch Maßnahmen und Zielsetzungen langfristig festgelegt und transparent kommuniziert werden.
- Förderungen sollten so ausgestaltet werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen davon profitieren und keine Schieflage zwischen unterschiedlichen Unternehmensgruppen entsteht. Der administrative Aufwand sollte für sie so gering wie möglich gehalten werden.
- Die internationale Zusammenarbeit und die Verbindung von Klimaschutz mit der Stärkung des Wirtschaftsstandorts sollten aus Sicht der Unternehmen eine höhere Priorität eingeräumt werden.
- Zusätzlich würde ein überparteilicher Konsens und eine klare Positionierung der Interessensvertretungen die Glaubwürdigkeit stärken. Hierfür ist es wichtig, die Notwendigkeit von Klimaschutz sowohl partei- als auch interessenspolitisch außer Streit zu stellen.
- Vertrauen kann auch durch verbesserte Möglichkeiten zur direkten Beteiligung an politischen Prozessen gestärkt werden. Brancheninitiativen, politische Beiteiligungsformate und lokale Entwicklungsinitiativen bieten hierfür wichtige Ansatzpunkte.

Die Befragung zeigt, dass es innerhalb der österreichischen Unternehmen sehr viel Potenzial gibt, die Transformation gemeinsam mit der öffentlichen Hand voranzutreiben. Hier gilt es, anzusetzen: Indem Vertrauen und Glaubwürdigkeit politischer Vorhaben gestärkt werden, kann die Basis für eine enge Zusammenarbeit zur Ökologisierung der Wirtschaft gelegt werden.

## 5. Methodik und Anhang

Die dieser Studie zugrundeliegende Unternehmensbefragung wurde im Zeitraum Mai-Juni 2024 von der KMU Forschung Austria im Rahmen des Forschungsprojekts "TranS4MER" (14th ACRP Call) und mit finanzieller Unterstützung des Klima- und Energiefonds durchgeführt. Die Stichprobe umfasst Unternehmen aus allen Branchen und Größenklassen (siehe nachstehende Tabelle). Eine Repräsentativität der Befragungsteilnehmer:innen hinsichtlich ihrer Einstellungen zum Klimaschutz kann trotz der breiten Streuung nicht gewährleistet werden.

Für die vorliegende Studie wurden alle vollständig ausgefüllten Fragebögen ausgewertet. Die Fragen zur Zustimmung oder Ablehnung ausgewählter Aussagen wurden somit von jeweils 2.263 Personen (größtenteils Geschäftsführer:innen) aus österreichischen Unternehmen beantwortet. Dies entspricht 2,5% der Personen, an die Einladungen zur Teilnahme an der Befragung versandt wurden, und 56% der Personen, die auf die Einladungen reagiert und den Link zur Befragung geöffnet haben. Der Rücklauf ist durchaus typisch für vergleichbare Unternehmensbefragungen.

Am Ende des Fragebogens wurde den Teilnehmer:innen die Möglichkeit gegeben, den Fragebogen, ihre Klimaschutzaktivitäten oder die Klimapolitik zu kommentieren. Die Frage lautete: "Möchten Sie uns sonst noch etwas in Bezug auf Klimaschutz in Ihrem Unternehmen oder der österreichischen Klimapolitik mitteilen? Oder möchten Sie uns Ihr Feedback zur Befragung mitgeben?" Von 507 Rückmeldungen bezogen sich 400 auf die Klimapolitik, die in die vorliegende Analyse miteinbezogen wurden. Bei 195 Aussagen konnten wir einen Bezug zur Glaubwürdigkeit oder zum Vertrauen herstellen. Diese wurden einer Inhaltsanalyse unterzogen, um die Gründe für die geringen Werte hinsichtlich Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu untersuchen.

Bei der Erhebung wurden verschiedene Unternehmensmerkmale abgefragt: Standort, Branche, Rechtsform, Zahl der Beschäftigten, Jahresumsatz, sowie die Position der befragten Person im Unternehmen. Mehr als 80 Prozent im Sample sind Kleinunternehmen mit maximal 49 Mitarbeitenden. Drei Prozent sind Großunternehmen mit über 250 Mitarbeitenden. Etwa 60 Prozent sind Kapitalgesellschaften. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Befragungsteilnehmer:innen beispielhaft für die *Unternehmensmerkmale* Beschäftigte und Umsatz. Die darauffolgende Tabelle zeigt die *Ergebnisse* nach Branchenzugehörigkeit.

<b>Beschäftigte</b>		
1 (EPU)	94	13%
2 bis 9 Personen	930	41%
10 bis 49 Personen	670	30%
50 bis 249 Personen	298	13%
250 und mehr Personen	71	3%
alle	2263	100%

<b>Jahresumsatz netto</b>		
keine Angabe	100	4%
unter € 25.000	76	3%
€ 25.000 bis unter € 50.000	77	3%
€ 50.000 bis unter € 100.000	147	6%
€ 100.000 bis unter € 250.000	284	13%
€ 250.000 bis unter € 500.000	248	11%
€ 500.000 bis unter € 1 Mio	266	12%
€ 1 Mio bis unter € 2 Mio	251	11%
€ 2 Mio bis unter € 5 Mio	319	14%
€ 5 Mio bis unter € 10 Mio	168	7%
€ 10 Mio bis unter € 50 Mio	239	11%
€ 50 Mio und mehr	88	4%
alle	2263	100%

# Zustimmungswerte pro Branche

Fragenummer	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	n
<b>Alle</b>	<b>87%</b>	<b>68%</b>	<b>80%</b>	<b>76%</b>	<b>88%</b>	<b>31%</b>	<b>37%</b>	<b>33%</b>	<b>70%</b>	<b>55%</b>	<b>58%</b>	<b>70%</b>	<b>72%</b>	<b>73%</b>	<b>25%</b>	<b>44%</b>	<b>75%</b>	<b>2263</b>
Warenherstellung	87%	64%	83%	78%	92%	29%	38%	27%	70%	51%	57%	70%	74%	73%	24%	40%	77%	316
Freiberufl., wiss., techn. DL	84%	67%	74%	72%	87%	26%	34%	39%	73%	66%	65%	61%	64%	61%	24%	44%	77%	276
Handel	84%	58%	74%	72%	85%	29%	37%	29%	64%	48%	51%	74%	73%	77%	24%	44%	78%	272
Bau	86%	68%	84%	79%	91%	34%	44%	33%	67%	50%	57%	70%	71%	70%	20%	43%	70%	270
Gastronomie	90%	72%	82%	80%	90%	34%	38%	35%	71%	55%	59%	78%	78%	81%	29%	54%	72%	250
Sonst. wirtschaftl. DL	87%	72%	81%	74%	85%	35%	38%	32%	74%	61%	59%	71%	72%	76%	29%	49%	70%	206
Verkehr, Lagerei	85%	68%	76%	74%	88%	32%	38%	34%	65%	45%	52%	71%	74%	76%	27%	43%	76%	168
Sonst. DL	81%	64%	75%	69%	86%	26%	27%	23%	75%	53%	62%	70%	75%	74%	21%	36%	74%	118
Grundstücks-, Wohnungswesen	88%	73%	84%	77%	90%	28%	40%	43%	75%	57%	54%	71%	72%	71%	25%	43%	71%	101
Finanz-, Versicherungs-DL	86%	67%	77%	69%	82%	35%	28%	27%	67%	52%	57%	66%	64%	70%	18%	37%	84%	100
Information, Kommunikation	89%	75%	80%	77%	86%	33%	41%	37%	79%	80%	68%	61%	64%	62%	26%	47%	76%	87
Land- und Forstwirtschaft	91%	74%	91%	83%	86%	29%	37%	31%	49%	43%	37%	66%	83%	80%	20%	37%	80%	35
Energieversorgung	100%	96%	92%	96%	100%	33%	38%	42%	79%	71%	58%	88%	79%	79%	25%	54%	54%	24
(Ab-)Wasservers., Abfallw.	100%	95%	95%	90%	95%	40%	50%	40%	80%	65%	55%	60%	70%	75%	40%	55%	65%	20
Gesundheit, Sozialwesen	100%	100%	100%	100%	100%	33%	50%	50%	100%	83%	100%	83%	83%	83%	50%	67%	83%	6
Kunst, Unterhaltung, Erholung	100%	83%	100%	83%	100%	17%	33%	67%	100%	83%	100%	50%	67%	67%	33%	50%	67%	6
Bergbau	67%	0%	100%	100%	100%	33%	33%	0%	33%	0%	33%	100%	67%	67%	0%	0%	67%	3
Öffentl. Verwaltung	100%	100%	100%	100%	50%	0%	50%	100%	50%	50%	100%	100%	50%	100%	0%	50%	50%	2
Erziehung, Unterricht	100%	100%	100%	100%	100%	0%	50%	50%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	0%	50%	100%	2
N.A.	100%	100%	100%	100%	100%	0%	100%	0%	100%	100%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	100%	1

- 1 Wir wollen einen positiven Beitrag zum Schutz von Umwelt und Klima leisten, weil uns dieses Thema sehr wichtig ist.
- 2 Wir sind der Einschätzung, dass Klimaschutz ein wesentlicher Pfeiler langfristigen Unternehmenserfolgs ist.
- 3 Der Schutz von Umwelt und Klima ist für mein Unternehmen von sehr hoher Priorität.
- 4 Umwelt und Klima zu schützen gehört zu den zentralen Unternehmenswerten.
- 5 Unser Unternehmen steht zu seiner Verantwortung, Umwelt und Klima zu schützen.
- 6 Wenn die Politik neue Klimaschutzziele festlegt, ergreift sie in der Regel auch die notwendigen Maßnahmen, um diese zu erreichen.
- 7 Wir nehmen einen starken politischen Willen für ambitionierten Klimaschutz wahr.
- 8 Es gibt eine starke Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen von der Politik und der öffentlichen Verwaltung.
- 9 Die Politik steht in der Verantwortung alles zu tun, was notwendig ist, damit die Klimaschutzziele erreicht werden können.
- 10 Wir stehen hinter einer ambitionierten Klimapolitik, auch wenn damit Einschränkungen für uns als Unternehmen verbunden sind.
- 11 Es ist wichtig, dass die Politik und öffentliche Verwaltung im Sinne des Klimaschutzes in die Wirtschaft eingreift.
- 12 Finanzielle Unterstützung durch Politik und öffentliche Verwaltung ist für uns unerlässlich, um ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umsetzen zu können.
- 13 Ohne finanzielle Unterstützungsmaßnahmen der Politik und der öffentlichen Verwaltung fällt es uns schwer, beim Klimaschutz voranzukommen.
- 14 Die erforderlichen Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen können wir uns nur leisten, wenn ausreichend Förderungen der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen.
- 15 Wir vertrauen auf die Erfahrung und Kompetenz der Politik und der öffentlichen Verwaltung beim Klimaschutz.
- 16 Unser Unternehmen vertraut darauf, dass die Politik und die öffentliche Verwaltung beim Klimaschutz fair, offen und ehrlich agiert.
- 17 Wenn es um den Klimaschutz geht, handeln die Politik und die öffentliche Verwaltung nicht unbedingt im besten Interesse der Öffentlichkeit.

**Anmerkung:** Zeigt die Zustimmungsraten (= Summe der Antworten "trifft zu" oder "trifft eher zu") pro Branche nach ÖNACE

## Literatur

BloombergNEF. (2025). Energy Transition Investment Trends 2025. [https://assets.bbhub.io/professional/sites/24/951623\\_BNEF-Energy-Transition-Trends-2025-Abridged.pdf](https://assets.bbhub.io/professional/sites/24/951623_BNEF-Energy-Transition-Trends-2025-Abridged.pdf)

BMK, 2024. (2024). Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021-2030. [https://www.bmk.gv.at/themen/klima\\_umwelt/klimaschutz/nat\\_klimapolitik/energie\\_klimaplan.html](https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/energie_klimaplan.html)

Capano, G., & Howlett, M. (2022). Instrumentation in policy design: Policy tools - from devices to activators. In B. G. Peters & G. Fontaine (Eds.), *Research Handbook of Policy Design*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781839106606.00012>

Cowgill, B., Prat, A., & Valletti, T. (2021). Political Power and Market Power (Version 7). arXiv. <https://doi.org/10.48550/ARXIV.2106.13612>

Felbermayr, G., Mayrhuber, C., Bittschi, B., Christen, E., Grandner, L., Kariem, H., & Rocha-Akis, S. (2025). Ökonomische Effekte der Sozialpartnerschaft in Österreich mit besonderem Blick auf die Wirtschaftskammer. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). [https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-5056/s\\_2025\\_sozialpartnerschaft\\_wirtschaftskammer\\_55938352.pdf](https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-5056/s_2025_sozialpartnerschaft_wirtschaftskammer_55938352.pdf)

Howlett, M. (2019). Behavioural considerations in public policy: Matching policy tools and their targets. In H. Straßheim & S. Beck (Eds.), *Handbook of Behavioural Change and Public Policy*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781785367854.00011>

IEA. (2024a). Clean Energy Market Monitor November 2024. <https://iea.blob.core.windows.net/assets/66dacff6-7e07-421a-93fc-61ea225385bf/CleanEnergyMarketMonitorNovember2024.pdf>

IEA. (2024b). Energy Statistics Data [Dataset]. <https://www.iea.org/data-and-statistics/data-tools/energy-statistics-data-browser>

Koland, O., & Steininger, K. (2024). Volkswirtschaftlicher Nutzen von Climate Action für Österreich – Eine Synthese. Wegener Center, Universität Graz. [https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2024/12/Nutzen-Climate-Action\\_UNI-Graz\\_2024-11-29.pdf](https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2024/12/Nutzen-Climate-Action_UNI-Graz_2024-11-29.pdf)

Statistik Austria. (2024). Leistungs- und Strukturstatistik 2022. Statistik Austria. <https://www.statistik.at/statistiken/industrie-bau-handel-und-dienstleistungen/leistungs-und-strukturdaten>

## Zitierhinweis

KMU Forschung Austria & KONTEXT - Institut für Klimafragen (2025). Die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen bei österreichischen Unternehmen. Wien.

## Kontakt



**KONTEXT Institut für Klimafragen**  
Liechtensteinstraße 55/8, 1090 Wien  
[www.kontext-institut.at](http://www.kontext-institut.at)



**KMU Forschung Austria**  
**Austrian Institute for SME Research**  
Gußhausstraße 8, 1040 Wien  
[www.kmuforschung.ac.at](http://www.kmuforschung.ac.at)